

einen Betreuungsplatz für U3-Jährige sind wichtig, zeigen aber, dass momentan eine "Kinderbetreuungspolitik" statt einer Kinderpolitik vorherrscht. Kinderbetreuungspolitik bedeutet dabei schlussendlich nichts anderes, als die kapitalistische Verwertbarkeit der Erwachsenen sicher zu stellen bzw. Kindern Fähigkeiten für ihre zukünftige Rolle im Verwertungsprozess zu vermitteln und nicht die Interessen der Kinder umzusetzen. Dabei darf sich Kinderpolitik aber eben nicht auf die Betreuungsfrage verengen. Kinder und ihre Meinung ernst zu nehmen und sie stets als möglichst gleichberechtigte Entscheidungsträger*innen anzuerkennen, ist nicht nur grundlegend für unsere Verbandsarbeit, sondern auch zentraler Bestandteil unserer Forderung nach Demokratisierung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche.

Die KJBK wird damit beauftragt, den Bundesvorstand dabei zu unterstützen, sozialistische Erziehungsansätze, die Kinder als kritische und solidarische Subjekte anerkennen und fördern, in aktuelle Debatten hineinzutragen und sich weiterhin für die Etablierung gesellschaftlicher Mitbestimmungsmöglichkeiten für Kinder einzusetzen. Für die Gliederungen sollen konkrete kinderpolitische Ansätze und Debatten, insbesondere die der „kinderfreundlichen Kommune“, aufbereitet werden.

J – wie Jugendpolitik

Zukunft nur mit uns: "eigenständige" Jugendpolitik, jetzt aber richtig!

Wenn Erwachsene von der „Politikverdrossenheit“ der Jugend sprechen, können wir als Sozialistischer Jugendverband nur verwundert den Kopf schütteln. Denn: Politik ist ganz sicher mehr als Parlamentarismus. Politik fängt im Alltag an. Demokratie beginnt dort, wo Menschen Meinungen austauschen, um von- und miteinander zu lernen. Für junge Menschen ist gerade die Jugendverbandsarbeit ein solcher Ort. Wenn in der SJ-Gruppe über Antifaschismus, Ausgrenzung, Sexismus u.v.m. gesprochen wird, ist das ganz sicher auch Politik, auch wenn nicht jede*r gleich mit Paragraphen und Anträgen um sich wirft. Junge Menschen sind nicht unpolitisch, sondern unzufrieden mit dem politischen System. Jugendliche sind nicht politikverdrossen – sie sind parteiverdrossen!

Doch es ist nicht so, als würde innerhalb des bürgerlichen Parlamentarismus nicht von Jugendpolitik gesprochen oder keine solche „gemacht“. Jugendpolitik bedeutet jedoch leider eben nicht, dass etwa Europa- oder Wirtschaftspolitik für eine gute Ausbildung und Arbeit gemacht wird. Jugendpolitik bedeutet viel zu oft reine „Jugendhilfepolitik“, mit der sich lediglich ein Ministerium zu beschäftigen hat. Die Bestrebungen zu einer „eigenständigen Jugendpolitik“, die begreift, dass Jugendliche mehr als Verwaltungsmasse sind, unterstützen wir als Sozialistische Jugend vor diesem Hintergrund ausdrücklich in ihrer Idee. Unsere Position ist klar: Ob Wirtschafts-, Bildungs- oder Sozialpolitik – die spezifischen Bedürfnisse junger Menschen nach einer guten Gegenwart und Zukunft müssen für alle Politikbereiche handlungsweisend werden. Schließlich sind Jugendliche betroffen von den gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Entscheidungen in allen Politikfeldern. Dabei muss allerdings auch klar sein: „Die Jugend“ als homogene Gruppe gibt es nicht. Umso wichtiger sind Freiräume zur selbstbestimmten Verfügung. Umso wichtiger ist es, dass Jugendliche als selbstständige Akteur*innen ernstgenommen werden und Möglichkeiten zur tatsächlichen Mitbestimmung für sie entwickelt werden. Für die Falken ist das keine neue Erkenntnis, aber ein Auftrag: Wir mischen uns konkret auch in nicht-klassische jugendpolitische Bereiche ein. Was Jugendliche bei uns besprechen, muss Einfluss auf die Parteien, Fraktionen, Regierungen und Ämter nehmen!

Dafür muss der Bundesvorstand, unterstützt von der KJBK, in Gespräche mit Fachpolitiker*innen gehen. Darüber hinaus werden sich die Falken in den Prozess der „eigenständigen Jugendpolitik“ intensiv und mit einer kritischen Perspektive einbringen und für die umfassende Umsetzung einer ernsthaften Jugendpolitik kämpfen, welche die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen, wie auch deren selbstorganisierte Strukturen einbezieht. Auf diesem Weg suchen wir die enge Zusammenarbeit mit anderen Jugendverbänden, aus dem DBJR insbesondere mit den Arbeiter*innenjugendverbänden aus dem Beethovenkreis. Da Jugendpolitik als eigenständiges Politikfeld erst dann greift, wenn sie auch auf kommunaler und Landesebene gedacht wird, wird die KJBK den Gliederungen auf allen Ebenen beratend zu Seite stehen sowie eine Plattform zum Wissens- und Erfahrungsaustausch für die Gliederungen bilden.

B – wie (Aus-)Bildungspolitik

Setzen sechs! Für eine andere Schulpolitik

Jugendverbandsarbeit befindet sich in einem Spannungsverhältnis zur staatlich organisierten formalen Bildung. Als sozialistischer Jugendverband kritisieren wir insbesondere die gesellschaftliche Funktion von Schule, Kinder und Jugendliche so zu erziehen, dass sie in die bestehende gesellschaftliche Ordnung passen und ihr Loyalität gegenüberstehen. Ebenso ist das schulische Bildungssystem – Ebenso zielt das schulische Bildungssystem darauf ab, Schüler*innen zu selektieren, um darüber die Verteilung der Bevölkerung auf verschiedene Berufe und Tätigkeitsfelder zu steuern. Diese Verteilung bestimmt aber neben den konkreten Tätigkeiten auch Einkommen und Lebensqualität. Dies sorgt fatalerweise dafür, dass die Schüler*innen diese Ungleichheit akzeptieren.

Dieser gesellschaftlichen Funktion von Schule stehen unsere verbandlichen, non-formalen Bildungsangebote gegenüber. Unsere freiwilligen und beteiligungsorientierten Bildungsprozesse befähigen zu kritischem Denken. Für uns zählt die ganzheitliche Bildung aller Menschen und nicht die Verwertbarkeit von schulischen Inhalten für den kapitalistischen Produktionsprozess. Besonders wichtig ist daher, dass es neben der Schule ausreichend Raum und Zeit für Kinder und Jugendliche gibt, non-formale Bildungsangebote, besonders in selbstorganisierten Jugendverbänden, wahrzunehmen. Die zeitliche Ausweitung von Schule durch Ganztagsangebote darf dem nicht entgegenstehen. Mit dieser Zielrichtung gehen wir auch in zukünftige Debatten zur Kooperation mit Schulen.

Die Einflussmöglichkeiten auf das derzeitige System Schule und auf dessen Inhalte sind bedauerlicherweise äußerst gering. Lediglich Schüler*innenvertretungen (SV) haben die Möglichkeit, in begrenztem Umfang an der Gestaltung ihrer Schule mitzuwirken. Sie sind das einzige demokratisch legitimierte Organ, in dem Schüler*innen autonom und selbstverwaltet für ihre Interessen eintreten können.

Wir möchten alle Genoss*innen ermutigen, sich in SVen zu organisieren, um über diesen Weg unsere Vorstellungen eines gerechten, solidarischen und demokratischen Bildungssystems auch in das System Schule einzubringen. Hierbei ist es wichtig, die Grundlagen der SV-Arbeit zu kennen. Darüber hinaus gilt es, die Schüler*innenvertretungen als Gegenüber und Partner zu gewinnen. Die KJBK wird damit beauftragt, auf die Gliederungen unseres Verbandes zuzugehen und den Bedarf an Konzepten und Austausch auszuloten.

Neben unserer formulierten Kritik an Schule richten wir uns ebenso gegen Vorstöße der europäischen Kommission, non-formale und informelle Bildungsprozesse für die Arbeitsmarktverwertbarkeit zu validieren. Die KJBK wird daher diese Vorstöße kritisch begleiten und sich gegen die Verzweckung von non-formaler und informeller Bildung positionieren.

Daneben setzt sich die KJBK für die Anerkennung von freiwilligem Engagement bei der Bewerbung um einen Ausbildungsplatz oder Studienplatz, als Praktikum und Studienleistung, als Voraussetzung für die Verlängerung der Regelstudienzeit bzw. Aufnahme eines Teilzeitstudiums ein.

Arm und ohne Job oder arm trotz Arbeit? Für eine Ausbildungsplatzgarantie!

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt ist für Jugendliche nach wie vor problematisch. Entgegen aller Beteuerungen waren auch 2012 1,56 Mio. Menschen zwischen 20 und 29 Jahren ohne Berufsabschluss und 360.000 junge Menschen in Übergangsmaßnahmen. Für all diese Jugendlichen bedeutet dies nicht nur weiterhin keine Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch keine Aussicht darauf, das eigene Leben selbstbestimmt und eigenständig gestalten zu können.

Nicht hinnehmbar ist die diskriminierende Praxis der Arbeitgeber*innen, Jugendliche als „nicht ausbildungsreif“ zu deklarieren und damit die Verantwortung auf die Jugendlichen selbst zu schieben sowie gleichzeitig Statistiken zu beschönigen: Denn auch die Bundesagentur für Arbeit führt in ihrer Statistik diese so gebrandmarkten Jugendlichen nicht auf.

Auch im reichen Deutschland ist Jugendarmut an der Tagesordnung. Junge Menschen haben ein erhöhtes Armutsrisiko. Selbst Jugendlichen mit Ausbildungsplatz bleibt eine echte Zukunftsperspektive verwehrt. Junge Menschen bleiben weiterhin die Gruppe, die am stärksten von prekären Beschäftigungsverhältnissen betroffen sind. 40 Prozent aller Leih- und Zeitarbeiter*innen sind unter 30 Jahre, mehr als ein Drittel aller beschäftigten jungen Menschen befindet sich in Beschäftigungsverhältnissen, die ihnen weder Perspektiven noch Zukunftsperspektive bieten.

Jugend braucht mehr als die Wahl zwischen Arbeitslosigkeit oder prekärer Arbeit zu Niedriglöhnen. Unternehmen und Betriebe müssen gezwungen werden, unser Interesse nach ausreichenden wie auch qualitativ hochwertigen Ausbildungsplätzen zu entsprechen. **Dabei bekämpfen wir alle Sanktionen und Maßnahmen, durch die Jugendliche zur Arbeit gezwungen werden, sowie weitere „Flexibilisierung“ am Arbeitsmarkt. Dagegen unterstützen wir weiterhin die Forderung der Ausbildungsplatzumlage mit einer Mindestausbildungsvergütung, sowie Regelungen, die ein selbstbestimmtes Leben und eine sichere berufliche Lebensplanung ermöglichen.**

K – wie Kommissionsarbeit

Jugendringpolitik auf Bundesebene

Damit wir als sozialistischer Kinder- und Jugendverband mit unseren Forderungen und Kompetenzen wahr- und ernst genommen werden, bedarf es einer starken kinder- und jugendpolitischen Vertretung auf allen Ebenen. Die Rolle der KJBK ist in diesem Sinne zweigeteilt.

Innerverbandlich wirkt die Kinder-, Jugend- und Bildungspolitische Kommission als Plattform zur Vernetzung und zum Austausch von Positionen und Erfahrungen. Dabei muss es auch darum gehen, jugendpolitische Angelegenheiten nicht nur als Feld für eher reifere, meist männliche Genoss*innen zu begreifen, sondern auch jungen Ehrenamtlichen Bock auf Jugendpolitik zu machen und sie dazu zu befähigen. Nach außen bekämpfen wir gemeinsam mit anderen Jugendverbänden die Kommerzialisierung der Jugendhilfe, die finanzielle Austrocknung unserer Verbandsstrukturen, aus ideologischem Irrsinn motivierte Eingriffe in unsere Förderstruktur wie die „Extremismusklausel“ sowie die immer weiter zunehmende Instrumentalisierung von Jugendverbänden als Dienstleister.

Falsche politische Zielsetzung offenbaren sich auch dort, wo Kommunen gezwungen werden, im Kinder- und Jugendbereich zu sparen, da Kinder- und Jugendförderung immer mehr als freiwillige Aufgabe betrachtet wird. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) zwar die Kinder- und Jugendförderung dem Grunde nach vorschreibt, jedoch keine Aussage zum finanziellen Umfang trifft. Dies ist nicht hinnehmbar und deshalb setzen wir uns für eine auskömmliche Finanzierung der kommunalen Ebene durch die Bundes- und die Länderregierungen ein. Als notwendige Reformen innerhalb dieses Systems fordern wir daher insgesamt eine bessere Ausstattung der öffentlichen Haushalte durch ein gerechteres Steuersystem, das höhere Einkommen und große Vermögen stärker in die Pflicht nimmt sowie eine grundsätzlich andere Verteilung der vorhandenen Mittel. Es ist schlicht nicht akzeptabel, dass der Haushalt des Bundesverteidigungsministeriums fünf Mal so groß ist, wie der des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Wir kämpfen für eine Jugendpolitik ein, die sich tatsächlich an den Bedürfnissen junger Menschen orientiert und für eine ausfinanzierte Jugendverbandsarbeit, die ihnen den Raum zur Selbstbestimmung bietet. **Gemeinsam mit dem DBJR wollen wir uns dafür einsetzen, dass in das Kinder- und Jugendhilfegesetz eine Aussage zur verpflichtenden Mindestausstattung von Kinder- und Jugendarbeit aufgenommen wird. Dabei werden wir darauf achten, dass dies auch in Einzelfällen keine Absenkung der derzeitigen Förderung zur Folge hat. In Zusammenarbeit mit der*em Beratersekretär*in und dem Bundesvorstand wird die KJBK zudem Gliederungen, die von Kürzungen bedroht sind, beraten.**

Dies sind nur einzelne Schritte in der großen Aufgabe, sich gegenüber der Bundesregierung und in der Öffentlichkeit für eine gesellschaftliche Anerkennung der Jugendverbandsarbeit einzusetzen, die sich nicht nur in Lippenbekenntnissen, sondern auch durch materielle Unterstützung ausdrückt.

Um unsere besondere Position als sozialistischer Kinder- und Jugendverband innerhalb des DBJR zu stärken, setzen sich Bundesvorstand und KJBK für eine Belebung des Beethovenkreises als Zusammenschluss der Arbeiter*innenjugendverbände auf Bundesebene ein. Ziel ist es, den Arbeitskreis durch gemeinsame Positionierungen und Aktionen, bspw. durch die Wiederaufnahme eines gemeinsamen parlamentarischen Abends, über Absprachen im DBJR hinaus zu nutzen.

Jugendhilfe – Hilfe und Kontrolle?

Der Anspruch den Politik und Verwaltung als maßgebliche Geldgeber unserer Arbeit an uns stellen, ist klar formuliert: Wir sollen diejenigen reaktivieren und integrieren, die aus diesem System ausgeschieden sind. Vorrangig sollen wir uns dabei um diejenigen kümmern, die aus "bildungsfernen", "materiell benachteiligten" und aus Familien mit Migrationshintergrund

stammen. Indem wir in unseren Zeltlagern, Fahrten und Aktionen allen Partizipation und Selbstorganisation ermöglichen, sollen wir diesen Kindern und Jugendlichen helfen sich wieder in das System zu integrieren.

Für die Politik ist die Arbeit der Jugendverbände ein großer Erfolg: Dort wo das Bildungssystem und die sozialen Sicherungssystem versagen springen die Jugendverbände ein und retten das, was vom Humankapital der "Ausgesiebten" noch zu retten ist, machen sie also durch reintegrative Maßnahmen wieder dem Arbeitsmarkt zugänglich. Gleichzeitig kann man durch den beschränkten Einsatz der Mittel bestimmen, welche Arbeit die Jugendverbände leisten können und sollen, nämlich vorwiegend soziale Arbeit.

Während man Jugendverbände wie die Sozialistische Jugend glauben lässt, diese Arbeit würde in irgendeiner Weise ihren Zielen entsprechen, dreht man diese um und verwandelt sie in Dienstleister für das System.

Die Spitze des Eisbergs bildet die Ausschreibung von Fördertöpfen mit stark begrenzten Mitteln. Dies führt dazu, dass wir mit anderen Jugendverbänden und Organisationen in Konkurrenz um Fördermittel stehen und folglich nicht unsere Jugendverbandsarbeit leisten, für die wir dann gefördert werden, sondern im Vorhinein Produkte anbieten von denen wir hoffen, dass sie in den zuständigen Verwaltungsstellen Gefallen finden, damit wir dann das Geld kriegen unsere Arbeit zu machen. Wenn wir uns von diesen Sachzwängen einnehmen lassen, dann geben wir als Jugendverband Stück für Stück unsere eigene Kultur, unsere eigene Geschichte und letzten Endes auch unsere Prinzipien auf. Begeben wir uns in diese Transformation sind wir am Ende Dienstleister für ein System, das wir ablehnen.

„Gemeinsam stark für Vielfalt“

Bei der Kooperation mit anderen Jugendverbänden wird auch die kommenden Jahre die Zusammenarbeit mit der DIDF-Jugend von besonderer Bedeutung sein. Für das letzte des auf drei Jahre angelegten Modellprojekts „Gemeinsam stark für Vielfalt“ steht das voneinander Lernen im Mittelpunkt. Gleichzeitig soll es darum gehen, in beiden Verbänden das Bewusstsein für die Kooperation und Möglichkeiten der praktischen Zusammenarbeit vor Ort zu stärken. **Um diese beiden Punkte miteinander zu verknüpfen, wird in der ersten Jahreshälfte 2014 ein gemeinsames Zukunftsforum für Ehrenamtliche aus beiden Verbänden stattfinden, bei dem konkrete Ideen für die Zusammenarbeit über das offizielle Ende des Tandemprojekts hinaus diskutiert und gesammelt werden. Für einen öffentlichkeitswirksamen Abschluss des Projekts sind Publikationen in Fachzeitschriften sowie ein jugendpolitischer Fachtag vorgesehen.**

„claim your JHA“ – stark in Städten und Gemeinden

Kommunen sind für unsere Arbeit von besonderer Bedeutung. Politisches Bewusstsein bildet sich in der Beschäftigung mit dem eigenen Lebensumfeld, dem Erkennen und Ablehnen von Missständen und dem Wunsch etwas zu verändern.

Auf kommunaler Ebene haben wir über die Beteiligung in den Kinder- und Jugendhilfeausschüssen die Möglichkeit, direkt die Kinder- und Jugendpolitik in der jeweiligen Kommune mitzubestimmen. **Ziel der KJBK ist es, möglichst viele junge Genoss*innen für die Arbeit in Jugendringen und den Kinder- und Jugendhilfeausschüssen zu begeistern und zu befähigen. Hierzu wird die KJBK die vorhandenen Arbeitshilfen überarbeiten und steht selbstverständlich allen Gliederungen für Fragen zur Verfügung. Darüber hinaus wird die KJBK zur Qualifizierung ein für alle Interessierten offenes kinder-, jugend- und bildungspolitisches Seminar anbieten.**

Seid dabei! Kinder - und Jugendpolitik im Verband

In unserem Verband ist viel Wissen in allen Altersstrukturen vorhanden, das wir zusammentragen möchten. **Die KJBK soll jugendpolitisch aktive Genoss*Innen des Verbandes vernetzen, Wissensaustausch anregen und für die Gliederungen nutzbar machen. Dabei gilt es das Fachwissen der Mitglieder des jugendpolitischen Beirats einzubeziehen. Zur Vernetzung der Akteur*Innen und um jugendpolitische Impulse zu setzen, wird die KJBK u.a. einen jugendpolitische Fachtag im Rahmen des Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages ausrichten und weitere Möglichkeiten der Begegnungen schaffen.**

Um Theorie und Praxis zusammen zu denken und dem Debattenbedürfnis des Verbandes eine Plattform zu geben, **wird die KJBK zudem das Konzept der "Schlaglichter online" weiterentwickeln.**

Revolutionär, glitzernd, basisgetragen!

Noch ist Jugendpolitik (zu) oft ein Feld, in der sich die Vielfalt unseres Verbandes nicht widerspiegelt, wie z.B. eine Analyse der Geschlechtssozialisation der Mitglieder der letzten KJB-Kommissionen zeigt. Aber: Was auch immer gerade den Verband bewegt kann Inhalt von Jugendpolitik in Gremien und Ausschüssen werden. Damit jungen Genoss*innen nicht die Chance entgeht, ihre Ideen konkret einzubringen, wird die KJBK eine verbandsinterne Offensive starten, um die Jugendpolitik des Verbandes so jung, vielfältig und sozialistisch zu gestalten, wie es zu den Falken gehört! **Mit diesem Ziel vor Augen wird die KJBK auf den Zusammenkünften des Verbandes „jugendpolitische Schlaglichter“ veranstalten. Aber auch konkrete Beratungen und ggf. Mentoringstrukturen sind ein wichtiger Teil einer Verbandsoffensive**

- für eine revolutionäre, glitzernde, basisgetragene Jugendpolitik!